

Kreisstelle Essen

Corona-Pandemie: Impfstrategie und psychische Folgen im Fokus

Auch in Zukunft werden neue Mutanten von SARS-CoV-2 Anpassungen der Impfstrategie und Auffrischimpfungen erforderlich machen. Darauf wies Professor Dr. rer. nat. Ulf Dittmer, Direktor des Instituts für Virologie am Universitätsklinikum Essen, Ende April bei der Online-Veranstaltung „Aktuelles zur Corona-Pandemie“ der Kreisstelle Essen der Ärztekammer Nordrhein hin.

Auf die psychischen Folgen der Pandemie ging Univ.-Prof. Dr. Martin Teufel, Direktor der Klinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie des LVR-Klinikums Essen der Universität Duisburg-Essen, ein. Studien belegten eine erhöhte Prävalenz von Angst- und Depressionssymptomen während der Pandemie. Wichtig sei es deshalb, Betroffenen geeignete psychologische Interventionen anzubieten. Dazu zählt Teufel ein eigenes Projekt: das psychologische Online-Training CoPE It (<https://cope.it.cope-corona.de/>).

Trotz der großen Herausforderungen durch unsichere Lieferzusagen von Corona-Impfstoff verlaufe die Pandemiebekämpfung

in Essen erfolgreich, erklärten Gesundheitsdezernent Peter Renzel und der Leitende Impfarzt des Impfzentrums, Dr. Stefan Steinmetz. Dazu trage insbesondere die gute Zusammenarbeit von Kammer, Kassenärztlicher Vereinigung, Feuerwehr sowie Ärzten in Praxen und Krankenhäusern bei.

Der Kreisstelle zufolge nahmen 300 Ärztinnen und Ärzte an der Online-Veranstaltung teil. Der Kreisstellenvorsitzende Dr. Matthias Benn kündigte an, das erfolgreiche Veranstaltungsformat fortzusetzen. *HK*



Angst- und Depressionssymptome haben während der Corona-Pandemie zugenommen. Hilfsangebote – auch Online – sind deshalb wichtig.

Foto: Tomas Ragina / istockphoto.com

Organspende

Netzwerk ruft zur Entscheidung auf

Das Netzwerk Organspende Nordrhein-Westfalen (NRW) hat anlässlich des Tages der Organspende am 5. Juni die Bevölkerung aufgerufen, sich über das Thema zu informieren, sich für oder gegen eine Spende zu entscheiden und diese Entscheidung zu dokumentieren. Alleine in NRW warteten zurzeit mehr als 2.000 chronisch kranke Menschen auf ein Spenderorgan, erklärte das Netzwerk. Im vergangenen Jahr habe es in NRW nur 174 Organspender gegeben. Die Zahl der transplantierten Organe habe bei 556 gelegen. Dem Netzwerk zufolge haben in Deutschland 84 Prozent der Menschen eine positive Einstellung zur Organspende, aber nur 39 Prozent hätten dies in einem Organspendeausweis oder in einer Patientenverfügung dokumentiert. *HK*

Prävention

Vorsorgeuntersuchungen werden in den Leistungskatalog aufgenommen

„Ab 1.7.1971 werden Vorsorgeuntersuchungen zur Früherkennung von Krankheiten in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommen.“ Das *Rheinische Ärzteblatt*

fasste in der Ausgabe vom 23. Juli 1971 ein Grundsatzreferat von Dr. Helmut Hohmann zusammen, das dieser auf der Vertreterversammlung der Kassen-

ärztlichen Vereinigung Nordrhein am 19. Juni 1971 zu dem Thema gehalten hatte. Bereits seit Anfang der 1950er-Jahre habe es Bestrebungen zur Einführung von Vorsorgemaßnahmen gegeben, die zum Teil in Modellprojekten erprobt wur-

den. Die Mutterschutzuntersuchungen seien ab 1966 bundeseinheitlich geregelt worden. Das neue Gesetz schloss daran an und führte sieben Untersuchungen für Neugeborene, Säuglinge und Kleinkinder bis zum vierten Lebensjahr ein. Damit hatten jährlich rund 2,6 Millionen Kinder Anspruch auf die U1 bis U7. Daneben konnten Frauen ab 30 und Männer ab 45 Jahren die Krebsfrüherkennung als Regelleistung in Anspruch nehmen. Rund 15 Millionen Frauen und neun Millionen Männer waren anspruchsberechtigt. Vergütet wurden die Untersuchungen bei Kindern mit vier DM (U1), 18 DM (U2 bis U6) und 21 DM für die U7. Die Krebsvorsorge bei Männern wurde mit 16 DM vergütet und die verschie-

den Krebsvorsorgeuntersuchungen bei Frauen mit insgesamt 26 DM. Dazu kamen in Nordrhein je nach Krankenkasse noch Zuschläge zwischen 17 und 20,3 Prozent.

Kritiker aus der Politik unterstellten der frei praktizierenden Ärzteschaft, weder bereit noch aus Kapazitätsgründen in der Lage zu sein, die Vorsorgeuntersuchungen „mit der für ihre Wirksamkeit notwendigen Intensität und Sorgfalt“ durchzuführen. Hohmann stellte klar: „Derartige Behauptungen werden insbesondere von solchen Kreisen aufgestellt, die aus politischen Motiven eine Änderung im derzeitigen System der ambulanten ärztlichen Versorgung der sozialversicherten Bevölkerung wünschen.“ *bre*

RA VOR
50 JAHREN